Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Barree. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 33 | Donnerstag, den 2. Februar | Jahrgang 1928

Tagesfragen.

In der Berliner Presse werden wieder eine Fülle von falschen, teilweise nicht anders als geradezu als verlogen zu bezeichnenden Meldungen über den Verlauf der Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei verbreitet. Es ist unmöglich, auf all das unsinnige Zeug einzugehen. Nur das Gröbste muß doch, um Legendenbildungen zu vermeiden, hervorgehoben werden. So berichtet unter anderem der „Vorwärts", daß Imbusch erklärt habe, die christlichen Arbeiter würden nicht ruhen, bis Marx und Brauns aus der Parteiführung ausgeschifft seien. Daran ist nicht eine einzige Silbe war. Keine derartige oder auch nur ähnliche Aeußerung ist gefallen. Ebenso ist es glatter Schwindel, wenn der „Vorwärts" schreibt, ein Vertrauensantrag für Marx hätte zurückgezogen werden müssen. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Man hat den Ausdruck des Vertrauens diesmal in eine besonders umfassende Formel gebracht dadurch, daß man am Schluß der Entschließung der Parteiführung und damit dem Parteiführer selbst den Dank und die Anerkennung einmütig aussprach. Damit wird auch ausdrücklich die Billigung der Politik der Parteiführung und des Parteiführers ausgesprochen, und das ist die stärkste Vertrauenskundgebung, die man sich denken kann. Weiter wird in der gegnerischen Presse immer wieder davon gesprochen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft einen Wechsel der Koalition gefordert hätten und dergleichen mehr. Ueber die Koalitionsfrage ist, wie wir demgegenüber ausdrücklich und authentisch feststellen, in der ganzen Debatte überhaupt nicht gesprochen worden. Demnach ist es auch völlig falsch, wenn demokratische Blätter zu wissen vorgeben, daß von den Vertretern der Christlichen Gewerkschaften ausgesprochen worden sei, eine wirkliche Sozialpolitik könne nur mit links, also nach einem Koalitionswechsel, gemacht werden. Das hat kein Mensch gesagt. Diejenigen, die so etwas schreiben, ahnen wohl nicht, wie sie mit solchen Auffassungen und Unterstellungen sich vor aller Welt lächerlich machen und blamieren. Auf all den sonstigen Unsinn, der in den Berliner Blättern über die Vorgänge im Reichsparteiausschuß verzapft wird, einzugehen, ist mehr als überflüssig. Wenn die Gegner des Zentrums beweisen wollen, daß Falschheiten, Unsinn und Schwindel ihre Waffen im Kampf gegen das Zentrum sind, so können wir ihnen ja nur dankbar sein, daß sie die Karten aufdecken.

★

Der Abgeordnete Imbusch hat in seiner Oberhausener Rede u. a. der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft in der Zentrumsfraktion zu schwach vertreten sei. Er forderte demgemäß für die nächsten Wahlen eine stärkere Berücksichtigung der Kandidaten aus dem Arbeiterstande. Bei diesen Wahlen handelt es sich bekanntlich vor allem um den Reichstag. Ist hier jetzt tatsächlich die Arbeiterschaft in der Zentrumsfraktion so unverhältnismäßig schwach vertreten, wie es nach Imbusch der Fall sein soll? Wir haben uns einmal das Reichstagshandbuch vorgenommen und daraus folgende Zentrumsabgeordnete als aus dem Arbeiterstand hervorgegangen festgestellt: Andre, Becker-Arnsberg, Ehrhardt, Erfing, Giesberts, Groß, Imbusch, Joos, Knoll, Schlack, Stegerwald, Tremmel und Wieber. Das sind im ganzen 13 Abgeordnete. Wir sind nun durchaus nicht der Meinung, daß die Berufszugehörigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten den Ausschlag zu geben hat. Vielmehr muß es nach unserer Ansicht vor allem darauf ankommen, daß die Kandidaten ganz klar und eindeutig auf dem Boden des Zentrumsprogramms stehen und daß sie das Zeug zum Politiker haben. Erfüllen sie diese Voraussetzung, dann sind sie auch auf sozialpolitischem Gebiet so eingestellt, daß die Zentrumswähler aus dem Arbeiterstande zu ihnen volles Vertrauen haben können. Sind doch auch die großen sozialpolitischen Leistungen des Zentrums nur vollbracht worden durch geschlossenes Eintreten aller in den Fraktionen vereinigten Berufsstände. Gleichwohl sei die Frage untersucht, ob tatsächlich die Arbeiterschaft in der Zentrumsfraktion des Reichstags nicht gebührend vertreten ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wenn wir richtig unterrichtet sind, etwa eine halbe Million Mitglieder. Das sind aber nicht alles Zentrumsleute. Es sind Deutschnationale und Volksparteiler, Mitglieder der Bayrischen Volkspartei und sogar, wenn auch wohl nur wenige, Völkische darunter. Deutschnationale und Volksparteiler sitzen vor allem in dem etwa 100 000 Mitglieder umfassenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dessen Vorstandsmitglied Gerig übrigens auch noch der Zentrumsfraktion des Reichstages angehört. Nehmen wir nun an, daß von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes rund 400 000 — die Zahl ist schwerlich zu niedrig gegriffen — Zentrumswähler sind, nehmen wir ferner an, daß trotz der großen Zahl Unverheirateter darunter, auch 400 000 mit ihnen durchaus gleichgesinnter Frauen Zentrum wählen, so würden das 800 000 Stimmen aus der Arbeiterschaft sein. Auf je 60 000 Reichstagswähler aber entfällt ein Abgeordneter. 13 Zentrumsabgeordnete stammen aus dem Arbeiterstande. 13 × 60 000 = 780 000. Was folgt daraus? Doch wohl, daß es so ganz schlimm um die Benachteiligung der Arbeiterwähler im Zentrum, wenigstens so weit der Reichstag in Frage kommt, nicht bestellt ist. Und im Preußischen Landtag wird's auch wohl nicht viel anders sein. Diese Betrachtung soll nun aber nicht den Zweck haben, die Wünsche der Arbeiterschaft abzudrosseln. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß man sich darüber in den für die Aufstellung der Wahlvorschläge zuständigen Parteiinstanzen ruhig und vernünftig unterhalten, daß man nicht mit der Elle messen, sondern die Männer und Frauen aufstellen soll, von denen man die Ueberzeugung haben kann, daß sie die für einen Zentrumsparlamentarier notwendigen Fähigkeiten und Eigenschaften haben. Andererseits aber sollen die Ausführungen natürlich den Wählern aus dem Arbeiterstande die Erkenntnis bringen, daß, wie bereits gesagt, die Dinge für sie doch keineswegs so schlecht liegen, wie man es wohl nach den Ausführungen Imbuschs hätte annehmen können.

★

Im Landesverratsprozeß Schreck, der seit drei Wochen in Leipzig verhandelt wird und dieser Tage zu Ende geht, ist eine der wesentlichsten Fragen die, ob dem Angeklagten auf verstecktem Wege irgendwelche amtlichen Dokumente des Reichswehrministeriums zugekommen sein könnten. Ueber die Möglichkeit befragt, äußerte der frühere Abteilungschef im Reichswehrministerium Oberstleutnant v. Bonin — nach Zeitungsberichten —, einmal seien in einem einzigen Jahr zwanzig Aktenstücke aus dem Ministerium spurlos verschwunden. Hierzu macht die „Kölnische Zeitung" sehr berechtigte Bemerkungen. Sie schreibt:

„Man steht dieser Aussage zunächst einfach fassungslos gegenüber. Man wartet einen Tag, ja zwei und drei Tage, ob nicht irgendeine amtliche oder parlamentarische Berliner Stelle es für nötig hält, sich etwas eingehender mit der Mitteilung zu befassen. Und ist schließlich bestürzt, jenen Satz — harmlos beiläufig, wie er fiel, von der Bildfläche wieder verschwinden zu sehen. Ja, da ist dauernd die Rede von Landesverratsprozessen, deren beängstigendes Anwachsen sich niemand erklären kann. Man fragt sich, was eigentlich an militärischen Geheimnissen in den Grenzen des Versailler Vertrags noch zu verraten ist und denkt, daß Bruchstücke von Geheimnissen doch wohl bequem in einem Büro unter Verschluß zu halten wären. Nein! Es verschwinden zwanzig Aktenstücke in einem Jahr. Es ist nicht gesagt, ob im Sinne militärischer Geheimnisse wichtige oder unwichtige. Trotzdem enthüllt sich hier auf seiten der Behörde ein Maß von Fahrlässigkeit, daß dem Landesverrat geradezu Vorschub zu leisten scheint. Sollte sich das Wehrministerium über den Wortlaut des immer noch in Kraft stehenden Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 nicht im klaren sein, das im Paragraph 8 auch Beamte mit Gefängnis bedroht, die fahrlässig die Sicherheit des Reichs gefährden?"

Mit dem genannten Blatt muß man in der Forderung übereinstimmen, daß Reichswehrminister Gröner der Aussage des Oberstleutnants v. Bonin nachgeht und für energische Abhilfe sorgt.

Stresemann gegen Freytagh-Loringhoven.

Dr. Wirth als Redner der Opposition.

Ein Mißtrauensantrag gegen Stresemann abgelehnt.

Von unserer Berliner Redaktion.

= **Berlin**, 1. Februar. (Drahtb.)

Die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amts wurde im Reichstag unter reger Anteilnahme des Tribünenpublikums und bei verhältnismäßig gut besuchten Bänken der Abgeordneten am Mittwoch zu Ende geführt. Zunächst kamen die Redner der kleineren Oppositionsparteien zu Wort. Es wäre wahrhaftig kein Verlust für das deutsche Parlamentsleben gewesen, wenn diese Fraktionsvertreter den Satz beherzigt hätten: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Denn was sie sagten, war nicht einmal Silber, sondern dünnes Parteiblech. Diese Art von Parlamentarismus ist nicht ernst zu nehmen und deshalb wollen wir auch den Mantel der christlichen Nächstenliebe über die Behauptung des völkischen Abgeordneten von Gräfe breiten, daß das Zentrum stets eine Politik mit doppeltem Boden betrieben habe. Wenn so etwas aus dem Mund eines Völkischen kommt, so ist damit bewiesen, daß das Gegenteil der Fall ist.

Man atmete auf, als Präsident Loebe sagte: „Der Reichsaußenminister hat das Wort." Dr. Stresemann sprach weit lebhafter als vor zwei Tagen. In erster Linie befaßte er sich mit der üblen Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven. Ob die Hoffnung Dr. Stresemanns, die leitenden französischen Kreise würden bezüglich der Notwendigkeit einer schnellen Räumung der Rheinlande zur Einsicht kommen, sich erfüllen wird, darf füglich bezweifelt werden. Am Donnerstag wird ja voraussichtlich der französische Außenminister Briand im Senat auf die beiden Reden Dr. Stresemanns antworten. Wir werden dann erfahren, welcher Wind in Frankreich weht. Vorerst hat es den Anschein, als ob der chauvinistische Sturm einem verständigungsfreundlichen Lüftchen weichen wollte. Denn Pertinax, der sich im „Echo de Paris" mit der Rede Stresemanns beschäftigt, glaubt zu wissen, Briand beabsichtige, Deutschland eine Herabsetzung der Besetzungstruppen um 10 000 Mann anzubieten, so daß deren Stärke auf 50 000 Mann vermindert werde.

Nach Dr. Stresemann sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid, der seine am Montag vorgetragenen Ausführungen auf Grund der inzwischen über die parlamentarische Bühne gegangenen Debatte in einigen Punkten ergänzte, insbesondere aber mit seinem Urteil über die Rede des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven nicht hinter dem Berge hielt. In wesentlich schärferer Form tat dies hierauf noch Abgeordneter Dr. Wirth, der zwar nicht im Auftrage der Fraktion, sondern nur in seinem eigenen Namen sprach, jedoch in den wesentlichen Teilen seiner Rede mit der Auffassung der Zentrumsfraktion über die Führung der Außenpolitik übereinstimmte. Als er am Schluß die Forderung erhob, es müsse mit der bestehenden Regierungskoalition schleunigst Schluß gemacht werden, traf er wohl nicht den offiziellen Willen der Zentrumsfraktion. Denn diese ist bestrebt, zunächst die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen unter Dach und Fach zu bringen und dann erst an die Auflösung des Reichstages zu denken. Etwas enttäuscht waren sowohl Abgeordnete wie Tribünenbesucher, daß Dr. Wirth sich in fast völliges Schweigen hüllte über seine Erfahrungen, die er bei seiner politischen Reise nach Paris gemacht hat.

Die gesamte Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amts, abgesehen von den Entgleisungen des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven, hat den unzweideutigen Beweis erbracht, daß das deutsche Volk geschlossen die bisherige Außenpolitik fortgesetzt wissen will, weil nur auf diesem Wege Verständigung unter den Völkern erreicht und der Friede in der Welt gewahrt werden kann. Als offizielle Demonstration für den wahren Friedenswillen Deutschlands darf nicht zuletzt die einmütige Ablehnung des von den Kommunisten gegen den Reichsaußenminister eingebrachten Mißtrauensvotums, für das außer den Antragstellern nur noch die Völkischen stimmten, angesehen werden. Daneben gilt als einmütige Auffassung des deutschen Volkes, daß gerade im Interesse der Völkerversöhnung die baldige Räumung des Rheinlandes unbedingt erforderlich ist.

★

Der Ausklang der außenpolitischen Debatte.

○ **Berlin**, 1. Februar.

Der Reichstag setzte die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts fort.

Abg. Stöcker (Komm.)

meint, die Rede des Abg. v. Freytagh-Loringhoven sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm gewesen. Der Minister Dr. Stresemann treibe ebenso Abrüstungssabotage wie die Außenpolitiker der übrigen Staaten. Den einzigen ernsthaften Abrüstungsvorschlag habe Rußland gemacht.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.)

bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Sie sei ein niederträchtiger, infamer Verrat des Volkes. — Der Redner erhält einen Ordnungsruf.

Abg. von Graefe (Völk.)

sieht in dem Dawespakt die Ursache des jetzt beginnenden Untergangs der deutschen Landwirtschaft und des Verfalles der übrigen Wirtschaftszweige. Wenn der Reichskanzler Dr. Marx in diesen Tagen sagte, der Wohlstand des deutschen Volkes beginne sich zu heben, so sei das eine Irreführung des Volkes. Die jetzige Außenpolitik verursache den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Bei der gestrigen Rede des Abg. Ulitzka sei manchem die Erinnerung gekommen an Bismarcks Mißtrauen gegen die Politik in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen. Das Zentrum habe immer Politik mit doppeltem Boden getrieben.

Abg. Urban (link. Komm.)

stimmt dem Vorredner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes berechnet sei. Jetzt komme es darauf an, das Proletariat zum Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus zu organisieren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

wendet sich zu den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Freytagh-Loringhoven und der dazu vom „Vorwärts" aufgeworfenen Frage, was der Minister dazu erklären wolle. Der Minister betont, er könne nicht mit dem Abg. v. Lindeiner die Rede des Abg. v. Freytagh-Loringhoven als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die Deutschnationalen haben die Locarnopolitik nicht etwa terminiert anerkannt. Ihr Vertreter, Dr. Hoetzsch, hat auch in Genf loyal mitgearbeitet. Wenn Abg. v. Freytagh eine Abkehr von der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordert, so liegt darin ein Gegensatz zu dieser Haltung seiner Fraktion. Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte.

Herr v. Freytagh hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach seiner Meinung einschlagen sollen.

Den Rechtsgedanken im Völkerbund durchzusetzen, ist immer unser Bestreben gewesen. Das wäre also nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und uns den Beifall der kleineren Staaten errungen.

Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen.

Der Locarnovertrag hat uns die Freiheit des Luftverkehrs und viele andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich nur schrittweise. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nicht nur um das Vertragswerk handeln sollte, sondern um den Umfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens. Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Von einem neudeutschen Imperialismus kann wirklich nicht gesprochen werden. Natürlich ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt, aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum kann ich an die französische Adresse die Mahnung richten:

Nun tut auch das Eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann.

(Beifall.) Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr gut!) Die von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unverständlich ist die Erklärung, Deutschland müßte erst seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbesetzung soll doch auch nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt ist. Wenn aber Frankreich die Fortdauer als einen Machtfaktor betrachtet, so wäre nicht zu verstehen, daß es diesen Machtfaktor für irgend eine Gegenleistung aus der Hand

Handgemenge im österreichischen Nationalrat.

Sozialistischer Entrüstungssturm gegen den Vizekanzler.

× **Wien**, 1. Febr. In der heutigen Sitzung des Nationalrates, in der über die briefliche Anfrage der Sozialdemokraten wegen ungesetzlicher Beeinflussung der Gendarmeriebeamten durch die Behörden in Oberösterreich verhandelt wurde, kam es bei der Erwiderung des Vizekanzlers Hartleb zu seit langem nicht erlebten Sturmszenen. Insbesondere entfesselte die Bemerkung Hartlebs, daß sein Vorredner sich in seinen Ausführungen hauptsächlich in Schimpfworten ergangen habe und hierbei von seiner Fraktion unterstützt worden sei, einen Entrüstungssturm auf sozialdemokratischer Seite. Sozialistische Abgeordnete stürmten darauf gegen den Vizekanzler vor, während Mitglieder der Mehrheitsparteien zu seinem Schutze herbeieilten. Es kam zu einem Handgemenge, in dem sich die Abgeordneten unter unaufhörlichem Lärm etwa 10 Minuten lang um den Stenographentisch hin- und herdrängten. Die Sozialdemokraten verstärkten den Tumult, indem sie unter lauten Pfuirufen taktmäßig mit Händen und harten Gegenständen auf die freie Seite der Ministerbank schlugen und bis ganz nahe an den Bundeskanzler Seipel herandrängten. Schließlich mußte die Sitzung unterbrochen werden, obwohl sich u. a. auch Bundeskanzler Seipel und der Sozialdemokrat Bauer um die Beruhigung bemühten.

Als nach einstündiger Unterbrechung die Sitzung wieder aufgenommen wurde, gab Vizekanzler Hartleb zunächst die Erklärung ab, er habe aus dem Protokoll festgestellt, daß Bürgermeister Seitz nicht, wie er angenommen hatte, die gesamte Gendarmerie mit dem Zwischenruf „Gesindel" bezeichnet hätte, sondern nur eine bestimmte kleine Gruppe. Aber auch diese müsse er in Schutz nehmen und den Zwischenruf des Bürgermeisters auf das schärfste zurückweisen.

geben will. Wir hoffen, daß die leitenden französischen Kreise zu der Ansicht kommen, daß

eine schnelle Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben

würde. Es ist nicht zu verkennen, daß der Gedanke der Verständigungspolitik seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht hat. Dieses wachsende Verständnis wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, wie wir sie vorgestern hier erlebt haben. Der „Vorwärts" sollte diese Angelegenheit nicht allzu tragisch nehmen. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat ja erst vor kurzem den Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven als Beispiel dafür genannt, daß ein Redner nicht in jedem Falle die Meinung seiner Fraktion zu vertreten braucht. Wenn der „Vorwärts" sagt, Herr von Lindeiner habe für die deutschnationale Fraktion den Ausführungen des Abg. von Freytagh-Loringhoven zugestimmt, so muß man berücksichtigen, in welcher Eile Abg. von Lindeiner sich auf seine Rede präparieren mußte. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

weist die Ausführungen des Abg. von Rheinbaben über die Resolution der internationalen sozialistischen Konferenz in Luxemburg zurück. Wer jetzt noch aus dieser Resolution ein Entgegenkommen an den französischen Standpunkt herauslesen wolle, der verrate einen Mangel an Intelligenz oder an Loyalität. Abg. von Lindeiner habe im wesentlichen nur die Ausführungen des Abg. von Freytagh bestätigt. Abg. von Freytagh habe freilich in einem Teil seiner Rede vollständig das verleugnet, was er in seiner Völkerbundsbroschüre geschrieben habe. Er sollte dieser Broschüre jetzt den Titel geben „Der Weg von Jerusalem nach Damaskus" (Heiterkeit.) Das Auswärtige Amt fordert der Redner auf, dagegen einzuschreiten, daß in der offiziellen Wochenschrift der deutschen Marine von Offizieren Außenpolitik auf eigene Faust getrieben werde.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.)

meint, Dr. Stresemann habe gesprochen wie ein Minister der loyalen Opposition. Der gestrige Zwischenfall habe wieder gezeigt,

welch falsches Spiel die Deutschnationalen spielen.

Wenn der Minister für die Regierung spricht, dann muß er auch für die Parteien sprechen können, die hinter der Regierung stehen. Wenn er das nicht kann, so ist er in seinem Friedenswerk nicht nur kompromittiert, sondern auch sabotiert. (Beifall links und im Zentrum). Die deutschnationalen Agitationsreden draußen liefern das Material, in dem die französischen Reaktionäre und Militaristen die Ehrlichkeit der deutschen Verständigungspolitik verdächtigen (Beifall).

Wir, die wir in der Opposition zu der jetzigen Regierung stehen

(Bewegung), wir wollen das parlamentarische System in Deutschland zu einem brauchbaren Instrument der Außenpolitik machen. Die Welt ist willens, auf dem Wege der Verhandlung mit dem deutschen Volk voranzuschreiten.

Wir, die wir zur jetzigen Regierung in loyaler Opposition stehen,

(Hört! Hört!) wir halten uns fern von jener Verbitterung, die aus den Reden der Deutschnationalen und vieler Volksparteiler tritt. Diese Verbitterung stört das Friedenswerk des Außenministers und stärkt die Reaktion in Frankreich. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Sie stützt sich auf die Regierung der Großen Koalition, die außenpolitisch schon vorhanden ist. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit,

schleunigst mit der jetzt noch nicht formell bestehenden Regierungskoalition Schluß zu machen,

das liegt im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens unter den Völkern. (Beifall links und im Zentrum).

Abg. Dr. Schnee (D. Vpt.)

kritisiert die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundsätzen des Völkerbundes für die Mandatsmächte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erklärt dazu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Verletzung der Mandatsgrundsätze wenden.

Damit schließt die Aussprache.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wird. Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschußentschließungen angenommen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen internationalen Gerichtshofs im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen.

Um 18,15 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Einsprüche gegen die Ausweisung der Kommunisten Florin und Bertz und der Etat der besetzten Gebiete.

*

Der Aeltestenrat des Reichstages über das Verhalten Graefs.

△ **Berlin**, 1. Febr. Nach den Beschlüssen des Aeltestenrates des Reichstages soll eine Pause in den Plenarberatungen von Freitag, 3., bis Montag, 6. Februar, eintreten. Auch in der Fastnachtswoche will der Reichstag keine Sitzungen abhalten. Es fand dann eine Aussprache über die Ausweisung der beiden kommunistischen Abgeordneten statt, wobei die überwiegende Mehrheit der Ansicht Ausdruck gab, daß diese zu Recht erfolgt sei. Gleichzeitig wurde allerdings bedauert, daß durch die Unruhe in der Sitzung es nicht möglich gewesen ist, eine gleiche Maßnahme gegenüber den Verstößen in der Rede des Abg. Frick zu treffen.

Reichskanzler Dr. Marx erkrankt.

▲ **Berlin**, 1. Febr. Reichskanzler Dr. Marx ist an einem Hexenschuß erkrankt, so daß er das Bett hüten muß.

Ein Flaggenzwischenfall im Reichshaushaltsausschuß.

◇ **Berlin**, 1. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute unter dem Vorsitz des Abg. Heimann (Soz.) die Beratung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums. Nachdem Abg. Quaatz (Dnt.) einen längeren Bericht über diesen Etat erstattet hatte, trat Abg. Schumann (Soz.) für einen Ausbau der Oderwasserstraßen ein. Der Mittellandkanal müsse fertiggestellt werden. Der Dortmund-Emskanal sei zu verstärken. Ausgeschlossen sei, die Straßenbaukosten vom Kraftverkehr allein tragen zu lassen. Den Luftverkehr vom Reiche aus zu unterstützen, halten wir auch heute noch für richtig, aber die Form muß geändert werden.

Zu einer sehr aufgeregten Debatte kam es, als Abg. Heilmann (Soz.) Vorgänge beim Empfang des türkischen Verkehrsministers auf dem Tempelhofer Flughafen bespricht. Dort sei die schwarz-rot-goldene Flagge gehißt gewesen. Vom Reichsverkehrsminister sei die Ersetzung dieser Flagge durch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge angeordnet worden.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch bedauerte, daß der Abg. Heilmann sich zum Sprachrohr einer unwahren Behauptung gemacht habe. Es sei ihm nicht eingefallen, die Reichsflagge herunter zu holen. Ich habe angeordnet, daß neben der türkischen Flagge auch die schwarz-rot-goldene Reichsflagge und die Handelsflagge gehißt werden möge. Ich weiß wohl, so fuhr der Minister fort, welchen Eid ich geleistet habe, und was ich ihm schuldig bin.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärt, daß seine Darstellung der Angelegenheit von der Direktion der Flughafen-Gesellschaft stamme. Er werde noch einmal der Angelegenheit aufs genaueste nachgehen.

Abg. Dr. Quaatz (Dnt.) erklärt, eine solche politische Verleumdung sei nicht zu entschuldigen. Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärt es für eine unverständliche Neuerung, daß gerade von den Vertretern Preußens und der Stadt Berlin gegen das Zeigen der Handelsflagge neben der Reichsflagge Widerstand geleistet werde. Der Zwischenfall wurde vorläufig für beendigt erklärt, bis der Abgeordnete Heilmann weitere Erklärungen abgeben will.

Abg. Groß (Ztr.) unterstützt besonders die Verkehrswünsche des deutschen Ostens, ebenso aber auch jene der westlichen und südlichen Grenzgebiete und verlangt für die Arbeiter die Festlegung ausreichender Lohnsätze. Ferner die Zuwendung von Reichsmitteln zur Aufwertung der verloren gegangenen Vermögen, der Werks- und Arbeiterpensionskassen.

Abg. Erfing (Ztr.) fordert für die Oberrheinhäfen billigere Umschlagtarife.

Abg. Dr. Klönne (Dnt.) begründet die dringende Notwendigkeit eines sofortigen Ausbaues des Dortmund-Ems-Kanals und beantragt, für diesen Ausbau 3,1 Millionen Reichsmark in den Haushalt einzustellen.

Die Weiterberatung wird dann auf Donnerstag vertagt.

Forderungen der deutschen Bauernvereine.

Sitzung des Gesamtvorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

=:= **Berlin**, 1. Febr. In der Gesamtvorstandssitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wurde mit Bedauern von dem inzwischen erfolgten Rücktritt des Freiherrn von Kerckerinck als Präsidenten der Vereinigung Kenntnis genommen. Die Versammlung sprach dem Freiherrn von Kerckerinck für seine verdienstvolle und aufopfernde Tätigkeit für den Bauernstand einmütig ihre rückhaltlose Anerkennung sowie ihren vollen Dank aus. In einer demnächst stattfindenden Vorstandssitzung wird die Neuwahl des ersten Präsidenten erfolgen. In allen inneren Fragen der Vereinigung wurde in allen Bauernvereinen volle Einmütigkeit erzielt und zum Ausdruck gebracht, daß bei der heutigen Not der Landwirtschaft die Vereinigung der deutschen Bauernvereine alle Kräfte zusammenfassen müsse. Die Beratung der Vereinigung der deutschen Bauernvereinigung ergab ein Bild von der schweren Notlage der Landwirtschaft. Es kam zum Ausdruck, daß der Bauernstand in höchster Gefahr sei und daß der Bauer um seine Existenz kämpfe. Daher befinde sich das gesamte deutsche Volk in der gleichen Gefahr. Es sei unnütz, über die Ursachen der Notlage noch lange zu streiten. Täglich breche eine große Zahl von Bauernhöfen zusammen. Die deutschen Bauern fordern daher sofortige Anweisung an die Finanzämter zur Einstellung von Zwangsverfahren auf dem flachen Lande, Ersatz der Rentenbankzinsen für 1928, Beseitigung der steuerlichen Ueberlastung und Vereinfachung des Steuerwesens, möglichste Unterdrückung der Vieheinfuhr und verschärfte Durchführung der veterinär-polizeilichen Vorschriften, sofortige Einstellung der Gefrierfleischeinfuhr, da diese einen Raub am Lohn des Bauern bedeute und jede bäuerliche Siedlungspolitik unmöglich mache, sofortige Stundung der Wechselkredite und Verbilligung des Zinsfußes, ferner geeignete Maßnahmen, die zur Beseitigung der Mißverhältnisse zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen geeignet seien, Verminderung der allgemeinen Staatslasten durch eine zweckmäßige, den Interessen der Bevölkerung entsprechende Verwaltungsvereinfachung in Reich, Ländern und Gemeinden. Der Radikalismus des Bauernstandes sei im Wachsen. Seit Jahr und Tag hätten die Bauernvereine von Regierungen und Parlamenten rechtzeitiges Eingreifen gefordert. Die Zeit der Entschließungen sei vorbei, die Bauern forderten jetzt Entschlüsse und Taten. Die Massen drohten den Führern zu entgleiten. Wenn Regierung und Reichstag nicht endlich den furchtbaren Ernst der Lage erkennen und die Dinge weiter treiben würden, so müßten die Führer der Landwirtschaft die Verantwortung für alle sich hieraus ergebenden Folgen ablehnen.

Eine Abordnung der Bauernvereine bei der Reichsregierung.

(!) **Berlin**, 1. Febr. In Vertretung des erkrankten Reichskanzlers Marx empfing der Vizekanzler Hergt im Beisein der Reichsminister Schiele, Curtius und Brauns und des preußischen Landwirtschaftsministers Steiger die Vertreter der deutschen Bauernvereinsorganisationen, in deren Namen der Vizepräsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Gutsbesitzer Stamerjohann (Schleswig-Holstein) über die maßlose Erbitterung der bäuerlichen Bevölkerung berichtete und eindringlich sofortige Hilfsmaßnahmen forderte. Alle anwesenden Mitglieder der Reichsregierung sagten angesichts der Notlage der Landwirtschaft zu, geeignete Maßnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten.

Mussolini an die italienische Miliz.

× **Rom**, 1. Febr. (Agenzia Stefani.) Anläßlich des fünften Jahrestages der Gründung der freiwilligen Miliz empfing heute früh Mussolini die Generäle und höheren Offiziere der Miliz zum großen Rapport und hielt dabei eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Ein kurzer Rückblick auf die fünf vergangenen Jahre genügt, um zu beweisen, daß die Miliz eine große Wehrmacht des faschistischen Staates geworden ist. Nachdem wir unsere Feinde ausgeschaltet und den Antifaschismus erdrückt haben, sind logischerweise die politischen Aufgaben der Miliz ihren rein militärischen gewichen. Sie wurde mit der Küsten- und Luftverteidigung der Nation betraut und erhielt die wichtige Aufgabe der Vorbereitung für Heer und Marine, sodaß sie zuerst das ganze Rekrutenaufgebot aufnimmt, um es dann der Armee weiter zu geben. Die Kommandos der Legionen sollen sich mit aller Energie der militärischen Ausbildung des italienischen Volkes widmen. Es ist aber nicht alles, denn die Miliz wird nur im Kriegsfalle verwendet werden, und zwar werden ihre Legionen von den mobilisierten großen Einheiten der Armee eingerahmt. Wir fühlen und wir wissen, daß viele in der Welt uns hassen, zuerst als Italiener und dann als Faschisten. Deshalb muß die Miliz bereit sein, Italien und den Faschismus zu verteidigen."

Mussolini verlas dann eine Kundgebung an den König und entließ die anwesenden Offiziere mit flammenden Worten.

Die Zentrumsfraktion hinter Ulitzka.

Ein Briefwechsel von Guérards mit Graf Westarp.

Einspruch gegen eine irreführende deutschnationale Verlautbarung.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 1. Februar.

Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß der Seitensprung des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven der deutschen Außenpolitik ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten vermag, so wäre es doch auch aus innerpolitischen Gründen besser gewesen, wenn die Deutschnationalen einen anderen Abgeordneten aus ihrer Fraktion als offiziellen Redner vorgeschickt hätten. Denn das Auftreten von Freytags wurde zu einem Zwischenspiel, das der Opposition wieder neuen Stoff zu Prophezeiungen über die Brüchigkeit der Regierungskoalition gibt.

Von deutschnationaler Seite wurde die Mitteilung verbreitet, daß die Deutschnationale Volkspartei den Vorstoß des Zentrumsabgeordneten Ulitzka in der Dienstagsdebatte des Reichstages zum Etat des Auswärtigen Amtes gegen den deutschnationalen Abgeordneten Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven als erledigt ansehe, nachdem ihr von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden sei, daß der vom Abg. Ulitzka vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entsprochen habe.

Diese von den Deutschnationalen geplante Desavouierung des Zentrumsredners konnte selbstverständlich nicht unwidersprochen bleiben. Denn Ulitzka hatte vom Vorstand seiner Fraktion das unzweideutige Mandat, den Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven wegen ihrer außenpolitischen Gefährlichkeit energisch entgegenzutreten. Ueber die Form der Ausführung dieses Auftrages hatte er keine Richtlinien bekommen. Wenn Abg. Ulitzka daher etwas temperamentvoller vorging, als es den Deutschnationalen zusagte, so durften diese hieraus auf keinen Fall folgern, daß die Angriffe den Absichten des Zentrums nicht entsprochen hätten. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. von Guérard, legte daher sofort Verwahrung gegen die deutschnationale Mitteilung ein. Er richtete an den Grafen Westarp ein Schreiben, in dem es heißt: „Ich erhalte soeben die von Ihnen herausgegebene Mitteilung. Dieselbe enthält den Satz, daß Ihnen von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden sei, daß der vom Abg. Ulitzka vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entsprochen habe. Diese Mitteilung habe ich in dieser Form Ihnen nicht gemacht, und muß ich daher bitten, die Zeitungsnotiz zurückzuziehen."

Hierauf hat Graf Westarp an den Abgeordneten von Guérard ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß er beabsichtige, mit dem Einverständnis des Herrn von Guérard nachstehende Veröffentlichung herauszugeben:

„Im Anschluß an die Pressekommentare über die gestrige Rede des Abgeordneten Ulitzka hat eine Aussprache zwischen den Führern der Deutschnationalen und der Zentrumsfraktion stattgefunden. Dabei wurde festgestellt, daß nach dem Willen der Zentrumsfraktion die Ausführungen des Abgeordneten Ulitzka eine Aufklärung über die Rede des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven in ihrem Verhältnis zu den Richtlinien und der Erklärung der Reichsregierung vom 3. Februar 1927 bezweckt, Angriffe gegen die Deutschnationale Volkspartei dagegen nicht beabsichtigt waren."

Die deutschnationale Pressestelle hat dann später diese Veröffentlichung bekanntgegeben.

Das ganze Intermezzo darf jetzt wohl als erledigt angesehen werden. Würden die Deutschnationalen aus dem Vorgang lernen, daß die Teilnahme an einer Regierungskoalition ganz besondere Verpflichtungen zur Mäßigung auferlegt und daß sachliche Debatten über außenpolitische Probleme nicht mit Agitationsreden in der Wahlzeit verwechselt werden dürfen, so hätte der „Fall Freytagh-Loringhoven" wenigstens einen Nutzen gehabt.

Regierungskrise in Jugoslawien.

Rücktritt des Kabinetts Vukotitsch.

Belgrad, 1. Febr. Die Besprechung der demokratischen Parlamentsgruppe, die vor drei Tagen begannen und zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Frage der Haltung der demokratischen Partei für den Fall der Bildung eines Konzentrationskabinetts führten, fanden heute abend ihren Abschluß. Mit 37 gegen 21 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, den Parteiführer Davidowitsch zu beauftragen, seine Bemühungen um die Zusammenfassung aller demokratischen Elemente des Parlaments fortzusetzen. Die 21 Stimmen erhielt Marinkowitsch. Dieser erklärte, daß er eine Erweiterung der Regierungskoalition durch Einbeziehung der Raditsch-Partei und der unabhängigen Demokraten nach wie vor ablehne und seine Konsequenzen aus dem Abstimmungsergebnis ziehen würde. Sofort nach der Sitzung begab sich Marinkowitsch in das Ministerpräsidium, um seine und die Demission der demokratischen Minister einzureichen. Ob Davidowitsch nach diesen Vorgängen die Einheit seiner Partei wird aufrechterhalten können, ist vorläufig noch ungewiß. Der Rücktrittserklärung der demokratischen Minister ist alsbald auch der Rücktritt der übrigen Minister gefolgt.

Die Demokraten hatten in dem zurückgetretenen Kabinett Vukotitsch fünf Portefeuilles, nämlich das Auswärtige, das Unterrichtsministerium, das Fürsorgeministerium, das Forst- und Bergwerksministerium und das Ministerium für Gesetzesvereinheitlichung inne.

*

Der Schritt der Kleinen Entente in Genf.

Genf, 1. Febr. In der Angelegenheit der in Szent Gotthard angehaltenen Waffentransporte hat der ständige Vertreter der südslavischen Regierung beim Völkerbund, Fotitsch, heute nachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, mit der er auf Weisung seiner Regierung und unter Hinweis auf die Beschlüsse des Völkerbundsrates vom 11. Dezember 1926 und vom 27. September 1924 über die Anwendung des Investigationsrechtes ein Memorandum über den Zwischenfall von Szent Gotthard übermittelt und den Generalsekretär bittet, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerbundsrates zu setzen. Die Noten der tschechoslowakischen bezw. der rumänischen Regierung sind ebenfalls heute nachmittag überreicht wurden; sie weisen nach einer Information der Schweizerischen Depeschenagentur nur einige Modifikationen in der Form auf. Aus dem südslawischen Dokument gehe hervor, daß die Regierungen der Kleinen Entente formell die Anwendung des Investigationsrechtes verlangen. Falls der Rat in seiner Märzsolle, so wäre es das erste Mal, daß das Investigationsrecht ausgeübt würde.

Prittwitz bei Coolidge.

Botschafter von Prittwitz und Gaffron überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

V **Washington**, 31. Jan. Der deutsche Botschafter v. Prittwitz und Gaffron ist heute nachmittag von Coolidge zur Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen worden. Er richtete bei der Ueberreichung eine Ansprache an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, in der er ausführte, der aufrichtige Wunsch des deutschen Volkes, ein ungeschriebenes Vermächtnis seines Vorgängers v. Maltzan und seiner eigenen Ueberzeugung würden ihn alle Kräfte anspannen lassen, auf das Ziel der Fortführung der Bemühungen von Maltzans um die Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Völkern unablässig hinzuarbeiten. Unter Hinweis auf die Friedenskundgebungen des Präsidenten betonte der Botschafter, daß auch Deutschland den Wiederaufbau der unter den Nachwehen des großen Krieges noch leidenden Welt nur durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen den Völkern für möglich halte, und zu dieser Zusammenarbeit bereit sei.

In seiner Erwiderungsansprache begrüßte Präsident Coolidge den neuen Botschafter aufs herzlichste und erklärte, daß er in der Ankündigung der Fortführung der Politik des hier so populär gewordenen, leider zu früh verstorbenen Botschafters v. Maltzan die beste Garantie für die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen erblicke.

Im Anschluß an den Empfang stellte Herr v. Prittwitz dem Präsidenten den Stab der Botschaft vor.

Eingemeindungsskandal in Schwerin.

× **Schwerin**, 1. Febr. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden überaus schwere Vorwürfe wegen Korruptionen erhoben, deren sich die Gemeindeverwaltung Ostorf kurz vor der am 1. Januar erfolgten Eingemeindung dieser Ortschaft in die Stadt Schwerin schuldig gemacht haben soll. Die Vorwürfe, die sich in erster Linie gegen den früheren Ostorfer Gemeindevertreter, jetzigen Stadtverordneten Peters richteten, verursachten ungeheure Erregung und führten zu Tumultszenen, wie sie das Haus seit vielen Jahren nicht erlebt hat. Es wurde der Gemeindeverwaltung Ostorf u. a. vorgeworfen, daß das Gemeindevermögen vor der Eingemeindung unter den Ostorfern aufgeteilt worden sei, wobei die vier Gemeindevertreter und der Ortsvorsteher sich selbst den Löwenanteil zugeschanzt hätten. Ende vorigen Jahres sollen die Gemeindegrundstücke zum Teil an Ostorf, zum Teil an das Amt Schwerin für geringe Summen verkauft und außerdem die im Besitz der Gemeinde befindlichen Grundschulden und Hypotheken von etwa 10 000 Mark dem Amte übereignet worden sein. Hierfür habe sich das Amt verpflichten müssen, allen Ostorfer Grundstücksbesitzern wesentliche Beihilfen für die Kosten der nach der Eingemeindung notwendig gewordenen Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen zu gewähren. Schließlich hätten sich die Gemeindevertreter und der Ortsvorsteher eine Sonderzulage als Aufwandsentschädigung bewilligt. Der Rat der Landeshauptstadt Schwerin hat die Angelegenheit in einer Eingabe dem mecklenburgischen Staatsministerium zur Beschlußfassung übergeben.

Von Nah und Fern.

Der Barmat-Prozeß nähert sich dem Ende.

)!(**Berlin**, 1. Febr. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Die Beweisaufnahme im Barmatprozeß steht nun endlich vor dem Abschluß. Für Freitag sind noch einige kurze Zeugenvernehmungen vorgesehen und am Montag sollen die Plaidoyers beginnen.

90 000 Mark unterschlagen.

◆ **Breslau**, 1. Febr. Den „Breslauer Neuesten Nachrichten" wird aus Brieg gemeldet: Durch die Zusammenarbeit der Brieger und der Berliner Kriminalpolizei wurde eine umfangreiche Unterschlagung zum Nachteil der Reichsbank aufgedeckt. Der bei der Reichsbanknebenstelle Brieg beschäftigt gewesene Reichsbankpraktikant Haselbach verschaffte sich im Sommer vorigen Jahres einen Girovordruck und erwirkte mit Hilfe dieses Vordruckes im Juni die Auszahlung von 90 000 ℳ bei der Reichsbank in Beuthen an einen Freund seiner Frau. Dieser Freund ist als Mittäter bereits verhaftet worden. Haselbach selbst, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl erlassen wurde, ist vorläufig, da er wegen Krankheit nicht haftfähig ist, auf freiem Fuß belassen worden

Drei Gießener Funker freigelassen.

):(**Gießen**, 1. Febr. Zur Verhaftung von Funkern beim 1. Bataillon des 15. Infanterie-Regimentes in Gießen wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß von den verhafteten fünf Funkern ist Gießen gestern nachmittag drei aus der Haft entlassen wurden. Darunter befindet sich auch der Funkstellenführer. Zwei Mann der Funkstation sind noch in Haft.

Schiffsunglück.

× **Auckland** (Neuseeland), 1. Jan. Nach einer hier eingegangenen drahtlosen Meldung, ist das britische Transportschiff „Ozeantransport" an einer großen Insel gescheitert und völlig zerstört worden. Die Besatzung konnte sich retten.

Kommerzienrat Guggenheimer unter dem Verdacht der Anstiftung zum Morde.

() **Nürnberg**, 1. Febr. Bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichtes Nürnberg schwebt z. Z. eine Voruntersuchung gegen den gegenwärtig in Strafhaft befindlichen Kommerzienrat und früheren Konsul Guggenheimer wegen Anstiftung zum Mord. Guggenheimer soll einen Zellengenossen Namens Wolk, zuletzt Kaufmann in Nürnberg, angestiftet haben, den Landtagsabgeordneten und früheren Stadtrat und Hauptlehrer Julius Streicher gegen eine Entlohnung von 25 000 Mark aus dem Wege zu schaffen. Diese Abmachung soll ein anderer Zellengenosse, ein Lehrer Amen, von auswärts, mit angehört haben.